

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ORTSVERBAND MOORREGE

An den
Bürgermeister der Gemeinde Moorrege
Karl-Heinz Weinberg
Amtsstrasse 12
25436 Moorrege

Ortsverband Moorrege

**Jochen Kuik
Ortsvorstand**

Achter de Schün 30
25436 Moorrege

Tel: 04122/83855
J.Kuik@gmx.de

Moorrege, den 29.10.2018

Sehr geehrter Herr Weinberg,

für die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen bitten wir darum, den folgenden Antrag im Bau- und Umweltausschuss und in der Gemeindevertretung beraten zu lassen und zur Abstimmung zu bringen.

Jährlich 100 neue Bäume in Moorrege

Beschlussvorschlag

„Die Gemeindevertretung Moorrege beschließt, ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt das Anpflanzen von standortgerechten, heimischen Baumarten, die sich in das dörfliche und landschaftliche Gesamterscheinungsbild einfügen, zu fördern. Bürger der Gemeinde Moorrege erhalten auf Antrag einen Zuschuss von 50 % der Kosten eines angepflanzten Baumes, maximal € 50,--. Es werden lediglich private, nicht gewerbliche Anpflanzungen gefördert.

Die dafür erforderlichen Mittel von € 5000,-- per Anno sind in den Haushalt einzustellen.

Die Förderung wird zunächst für den Zeitraum von 5 Jahren begrenzt.“

Zur Begründung

1. Baumschutz, Baumkataster oder eine Baumsatzung waren in der jüngsten Vergangenheit Ideen von politischen Parteien, um Bäume in Moorrege zu schützen oder zu erhalten. Die og. Förderung von Baumanpflanzungen ist aus Sicht von Bündnis 90 / Die Grünen die bessere Möglichkeit, ein grünes Moorrege zu erhalten und den Bestand an Bäumen zu schützen oder sogar auszubauen.

2. Eine Gemeinde muss sich entwickeln können. Dazu unterstützt die Gemeinde das Nachwachsen von Bäumen, indem sie Neuanpflanzungen fördert und nicht die Bürger reguliert.

3. Sie unterstützt damit auch das ökologische Bewusstsein und Handeln ihrer Bürger.

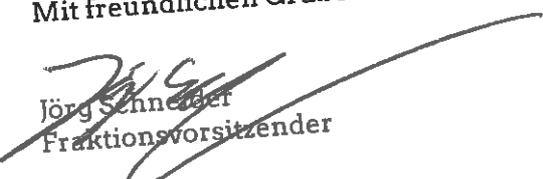
4. Ein Baumkataster kostet zwischen € 5,-- und € 20,-- pro Baum, ohne dass auch nur eine einzige positive Auswirkung für die Bäume damit bereits erzielt würde. Dazu wären weitere Maßnahmen notwendig. Zudem hat das Baumkataster einen anderen Schwerpunkt,

nämlich den der Gewährleistung der Verkehrssicherheit und nicht den der Begrünung einer Gemeinde.

5. Eine Baumschutzordnung hätte bekanntermaßen zunächst zur Folge, dass vor deren Inkrafttreten zahlreiche Bäume gefällt würden. Damit aber würde zunächst eine kontraproduktive Wirkung erzielt werden.

Aus den genannten Gründen bitten wir um Beratung und Beschlussfassung in den entsprechenden Gremien.

Mit freundlichen Grüßen


Jörg Schneider
Fraktionsvorsitzender


Jochen Kuik
1. Vorsitzender